

Medienerklärung

Massaker an kurdischen Zivilpersonen, Giftgaseinsätze, politisch motivierte Massenverhaftungen: Wie lange schaut die internationale Gemeinschaft dem menschen- und völkerrechtswidrigen Vorgehen des türkischen Staates noch tatenlos zu?

Die unterzeichnenden Personen, Migrantinnen und Migranten aus der Türkei und Menschen schweizerischer Herkunft, haben mit Bestürzung und Fassungslosigkeit von den jüngsten Ereignissen in der Türkei erfahren. Die türkische Luftwaffe bombardierte in den Abendstunden des 28. Dezember eine Gruppe von Menschen in der Nähe des Dorfes Roboski im Kreis Uludere (Provinz Pynak). Sie tötete rund 40 Personen, darunter zahlreiche Kinder. Es handelte sich um friedliche kurdische Zivilisten. Nach Aussagen von überlebenden Dorfbewohnern verströmten die abgeworfenen Bomben einen bitteren Geruch. Das weckt den Verdacht, dass, wie schon bei früheren Aktionen, Giftgas eingesetzt wurde. Der mörderischen Aktion folgte eine Presseerklärung des Generalstabschefs der türkischen Armee. In dieser erklärte er, dass am 28. Dezember um 18.39 Uhr in der Grenzregion eine Terroristengruppe gesichtet und ein Angriffsbefehl erteilt worden sei. Doch waren die zwischen 21.37 und 22.34 Uhr angegriffenen Personen klar als unbewaffnete Zivilisten erkennbar. Sie waren kurz zuvor von örtlichen Sicherheitskräften kontrolliert und zurück in das Dorf geschickt worden. Die Unterzeichnenden dieser Erklärung fordern den schweizerischen Bundesrat auf, Waffenexporte in die Türkei unverzüglich zu stoppen. Allein im Jahr 2010 lieferte die Schweiz Kriegsmaterial im Wert von über 9 Millionen Franken an die Türkei. Der Bundesrat und die Institutionen der internationalen Gemeinschaft sind nun in der Pflicht, gegen die Menschenrechtsverletzungen des türkischen Staates ihre Stimme zu erheben und auf eine lückenlose Aufklärung der Umstände des jüngsten Massakers zu drängen. Insbesondere ist auch dem Verdacht, dass die türkische Armee unerlaubte Waffen eingesetzt hat, nachzugehen. Am besten geschieht dies durch eine vom türkischen Staat unabhängige internationale Delegation. Das Massaker vom 28. Dezember ist auf dem Hintergrund einer Eskalation des Konflikts in den kurdischen Gebieten der Türkei zu sehen. Seit den grossen Wahlerfolgen der kurdischen Partei BDP sowohl auf Gemeinde- wie auch auf nationaler Ebene sind diese Partei und ihre Verbündeten von einer unvorstellbaren Repression betroffen. Die AKP-Regierung will mit allen Mitteln verhindern, dass die kurdische Bevölkerung ihre Anliegen politisch artikuliert. Schätzungsweise 5'000 Menschen wurden in den vergangenen 3 Jahren aus politischen Gründen inhaftiert, darunter viele Kaderleute der BDP sowie demokratisch gewählte Abgeordnete und BürgermeisterInnen, aber auch MenschenrechtsaktivistInnen, Medienschaffende, SchriftstellerInnen, Intellektuelle, GewerkschafterInnen und StudentInnen. Mit dieser repressiven Antwort auf die Wahlerfolge der BDP und ihrer Verbündeten hat der türkische Staat die Chance für eine friedliche Lösung des Kurdistankonflikts einmal mehr verpasst.

Die Unterzeichnenden rufen die schweizerische und die internationale Öffentlichkeit auf, das menschenrechtswidrige Vorgehen des türkischen Staates zu ächten und Druck auf die Türkei auszuüben, den Krieg im Konfliktgebiet zu beenden. Nur im Dialog mit den legitimen Vertreterinnen und Vertretern der kurdischen Bevölkerung ist eine Lösung des Kurdistankonflikts überhaupt denkbar.

Beat Jans Nationalrat, Silvia Schenker Nationalrätin, Carlo Sommaruga Nationalrat, Martin Flückiger Parteisekretär BastA, Maya Heuschmann Länderkoordinatorin Türkei Amnesty International, Sibel Arslan Grossrätin, Ugur Camlibel Grossrat, Gülsen Öztürk Grossrätin, Atilla Toptas Grossrat, Jörg Meier Grossrat, Mustafa Atici Grossrat, Edibe Gölğeli Bürgergemeinderätin, Bülent Pekerman Grossrat